

Ministère de l'Éducation Nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

**Examen-Concours de recrutement du personnel enseignant
de l'enseignement secondaire**

2019/2020

Spécialité : sociologie

Première épreuve – Sujet de synthèse

Une épreuve écrite portant sur un sujet de synthèse obligeant à une intégration de divers concepts et notions utilisés dans différents domaines de la sociologie. (...)

L'épreuve est à rédiger en allemand.

Coefficient : 1

Durée : 3 heures

Sozialer Abstieg

Im Fahrstuhl nach unten

Meine Kinder sollen es einmal besser haben, dieser Wunsch ging vor allem im Nachkriegsdeutschland häufig in Erfüllung. Doch die Zeiten des sozialen Aufstiegs sind längst vorbei. Die deutsche Gesellschaft wird zu einer Abstiegs-gesellschaft – und nicht einmal Bildung schützt davor.

Von Ursula Storost

Es war der 31. Dezember 1996, als Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Neujahrsansprache das deutsche Volk auf das kommende Jahr einstimmte:

„Der Sozialstaat muss umgebaut werden, damit er auf Dauer finanzierbar und erhalten bleibt. Seine Leistungen müssen den wirklich Bedürftigen zugutekommen.“

Was Kohl da aufgrund wirtschaftlicher Probleme ankündigte, bedeutete eine tiefgreifende Wende in der bundesdeutschen Sozialpolitik. Umbau des Sozialstaates, das hieß Kürzungen staatlicher Leistungen, neue Maßstäbe für zumutbare Arbeit, Eigenverantwortung für die Altersversorgung. Nichts war mehr so, wie die Deutschen es in den ersten Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik gewohnt waren, sagt der Ökonom und Soziologe Dr. Oliver Nachtwey von der Universität Trier:

„Das waren Jahrzehnte von einem exorbitanten Wirtschaftswachstum. Ein Wirtschaftswachstum, was es danach nie wieder gab. Und in dieser Zeit gab es nicht nur immense Reallohnzuwächse. Zwischen 1959 und 1989 haben sich die Reallöhne aller Arbeitnehmer etwa verdreifacht.“

Zudem, so Oliver Nachtwey, hatten in der frühen Bundesrepublik auch Menschen, die aus Arbeiterfamilien oder kleinen Angestelltenmilieus stammten, Aufstiegschancen. Sie konnten sich weiterbilden und in der Gesellschaft Karriere machen.

„Meine eigene Familie ist ein Beispiel dafür. Mein Großvater war noch Fabrikarbeiter in einer Lampenfabrik im Ruhrgebiet. Mein Vater ist Ingenieur auf dem zweiten Bildungsweg geworden. Ich

als drittes Kind in dieser Reihe hab dann schon einen normalen Universitätsabschluss gemacht und habe später promoviert.“

Gleichzeitig ist der 1975 geborene Soziologe aber auch schon ein Kind der Abstiegsgesellschaft, wie er sagt:

„Mein Vater hat noch ein unbefristetes gutes Arbeitsverhältnis. Ich bin ein moderner Akademiker, der sich von Kettenvertrag zu Kettenvertrag hangelt.“

Bildung, so Oliver Nachtwey, sei heutzutage kein Garant mehr für sozialen Aufstieg, ja nicht einmal dafür, dauerhaft zur Mittelschicht zu gehören.

„Man hat verschiedene Flaschenhälse eingezogen, zum Beispiel hat sich die Anzahl der Doktoranden, wenn man das Beispiel der Universitäten vorführt, in den letzten Jahren verdoppelt. Aber nicht die Anzahl der festen Mitarbeiterstellen, auf die man dann die Karriere hat aufbauen können. Und Ähnliches gibt es auch in vielen anderen Berufszweigen.“

Weniger Staat, weniger Vorsorge seit den 90ern

Seit den 1990er-Jahren wurde die bundesrepublikanische Gesellschaft kräftig umgebaut. Eine ideologische Wende ging durch die Politik. Man wollte weniger Staat, weniger öffentliche Vorsorge. Das bedeutete Privatisierung vieler Bereiche des öffentlichen Dienstes und Abbau von Sozialleistungen.

„Und ein starker Umbau der Unternehmen, die sich mehr und mehr am ‚shareholder value‘, das heißt am Aktienkurs orientieren. Und daraus hat sich ein immenser Druck auf das Arbeitsverhältnis entwickelt. Nämlich dass Unternehmen darauf setzen, Beschäftigte kurzfristig einstellen zu können und wieder loszuwerden. Das heißt sie wollen flexiblere Beschäftigung und natürlich auch weniger für diese Beschäftigung zahlen.“

Ab 1993 begannen die Reallöhne zu sinken, konstatiert der Wirtschaftssoziologe Oliver Nachtwey. Und bereits seit Anfang der 80er-Jahre sank die Lohnquote. Also der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen, am gesamten Reichtum eines Landes.

„Und diese Lohnquote ist bis 1982 im Durchschnitt gestiegen. Seit 1982, als Helmut Kohl an die Regierung kam, seitdem sinkt auch die Lohnquote. Das heißt dieser Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen. Und deshalb kann man am Reichtumsanteil schon seit 1982 sagen, sind wir in einer Gesellschaft, wo die Arbeitnehmer zurückbleiben. Und seit den 90er-Jahren steigt auch die Armut wieder und gibt es einen Druck nach unten.“

Aber Widerstand von unten gab und gibt es kaum, sagt Dr Philipp Staab vom Hamburger Institut für Sozialforschung:

„Das liegt unter anderem auch daran, dass die Leute natürlich an der kurzen Leine gehalten werden über zum Beispiel betriebliche Herrschaft. Also nicht nur befristete Verträge. Sie arbeiten in einem Unternehmen, das nicht freundlich gegenüber Betriebsräten eingestellt ist. All das führt nicht unbedingt dazu, Engagement zur Verbesserung der eigenen Lage zu fördern.“

Dienstleistungsproletariat ohne Berufsstolz

Der Soziologe hat sich mit Macht und Herrschaft in der Servicewelt beschäftigt. Mit dem sogenannten Dienstleistungsproletariat: Menschen, die für Reinigen, Pflegen, Sicherheit zuständig sind. Und die keine Lobby haben.

„Um uns rum wird zwar ständig geputzt, aufgeräumt, uns werden ständig Waren arrangiert, wenn wir in irgendwelche Supermärkte gehen. Aber nehmen wir diese Leute wirklich wahr? Ich glaube nicht.“

Weil die Leute hauptsächlich damit beschäftigt sind das, was wir gewohnt sind vorzufinden – Sauberkeit, Ordnung – zu reproduzieren.“

Genau dieses simple Wiederherstellen von Normalität erschwert es diesen Menschen, Berufsstolz und so etwas wie ein Klassenbewusstsein aufzubauen, sagt die Soziologin Friederike Bahl. Die Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Sozialforschung hat Lebensmodelle und Bewusstsein dieser Beschäftigten untersucht.

„Während wir in der einfachen Industriearbeit immer noch, trotz viel diskutiertem Mitgliederschwund, 39 Prozent der Beschäftigten haben, die gewerkschaftlich organisiert sind, ist der selbe Anteil im Bereich einfacher Dienstleistungsarbeit 18 Prozent.“

Dabei wäre gemeinsames Kämpfen bitter nötig, so Friederike Bahl. Denn trotz harter Arbeit, oft bis zu 50 Stunden in der Woche, stehen diese Leute am unteren Ende der Einkommensleiter.

„Das heißt mit monatlich rund tausend Euro netto nach Hause zu gehen.“

Leiharbeiter als Mitarbeiter zweiter Klasse

Aber nicht nur die einfachen Dienstleister werden in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. In großen Firmen ist es längst gang und gäbe, dass Kurzzeitbeschäftigte neben der Stammbeslegschaft schuften, sagt der Soziologe Oliver Nachtwey. In einem großen deutschen Automobilwerk erlebte er die vorbildlichen Arbeitsbedingungen für festangestellte Mitarbeiter.

„200 Meter weiter, auf dem gleichen Werksgelände, aber von einem Werksvertrags-zulieferer ausgeführt, der darüber hinaus das selbst nicht ausgeführt hat sondern Leiharbeiter eingestellt hat, arbeiteten Leiharbeiter, die nur zwei Drittel des Gehalts bekommen hatten, keine Klimaanlage hatten, ergonomisch nicht die gleichen Ausrüstungen hatten wie die anderen Arbeitnehmer. Das hat auf dem gleichen Werksgelände stattgefunden.“

Ähnliches, so Oliver Nachtwey, findet man inzwischen auch an öffentlichen Schulen. Zum Beispiel an Gymnasien in Baden-Württemberg.

„Da werden sie den alten Studienrat antreffen, der beamtet ist und mit 56 in den Vorruhestand gehen kann, hervorragend verdient und gute soziale Sicherungsleistungen hat. Und sie werden dort eine(n) junge(n) angestellte(n) Lehrerin oder Lehrer sehen, die jeweils in den Sommerferien wieder entlassen wird und überhaupt gar keine Perspektive auf Verbeamtung hat und dergleichen sozialer Sicherungsleistungen. Das ist, was wir derzeit mit dem Abbau der sozialen Bürgerschaft sehen.“

Soziale Staatsbürgerschaft. Ein Konzept, das auf den Soziologen Thomas Marshal zurückgeht und in der Bundesrepublik bis in die 70er-Jahre umgesetzt wurde. Es besagt, dass alle Bürger, egal welcher Klasse sie angehören, die gleichen zivilen, politischen und sozialen Rechte haben.

„Und was ich sehe, ist, dass diese soziale Bürgerschaft, die Integration ermöglicht, sukzessive seit den 90er-Jahren erodiert. Wichtige Elemente dieser Bürgerschaft wurden abgebaut, reduziert, umgeformt.“

Nicht einmal Bildung schützt vor Abstieg

So geht nicht nur die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, sondern auch die zwischen den Festangestellten eines Unternehmens – die betriebliche Mitbestimmung praktizieren, Kündigungsschutz genießen und Karriere machen können – und denen, die ausgeliehen sind und befristet arbeiten und die diese Rechte nicht haben. Und, so Dr. Nicole Mayer-Ahuja, Soziologieprofessorin an der Universität Hamburg, es ist heutzutage nicht mehr nur eine Frage von Bildung, auf welcher Seite man sich befindet. Und zu welcher Schicht man gehört:

„Man erwirbt immer höhere Bildung. Aber was an Beschäftigungssicherheit, an Einkommensniveau und so weiter dabei herauskommt am Ende, ist nicht unbedingt vergleichbar mit dem, was die vorige Generation auf einer geringeren Grundlage von Bildung zum Beispiel erworben hat. Und ich glaube, dass das tatsächlich eine große Veränderung ist, wo Aufstiegshoffnungen auch enttäuscht worden sind und viel Verunsicherung sich auch breit gemacht hat.“

Statistisch gesehen seien seit den 80er-Jahren nicht nur die Normalarbeitsverhältnisse zurückgegangen. Auch die Normen, was normale Arbeit eigentlich sei, hätten sich relativiert, sagt die Sozialökonomin.

„Viele jüngere Leute erwarten nicht mehr unbedingt, dass sie in die Situation kommen könnten, ihr Erwerbsleben in einem Betrieb zu verbringen. Wir haben die Situation, dass gerade in der jüngeren Generation viele Beschäftigte auch sagen, ich will das eigentlich auch gar nicht mehr. Meines Erachtens sitzt man damit ein bisschen den Flexibilisierungsutopien auf, die in den 80er-Jahren vertreten worden sind, wo man sagte, Flexibilität ist doch für alle gut.“

So hat sich die Wirtschaft ihre Klientel des Arbeitnehmers herangezogen; Menschen, auf die man flexibel zugreifen kann. Und sie zusätzlich mit dem Adjektiv kreativ versehen. Flexibel und Kreativ. Gewissermaßen ein Label für moderne Arbeit, das für viele junge Leute attraktiv zu sein scheint. Dazu kommt eine mehr und mehr individualisierte Gesellschaft, in der Menschen Arbeitslosigkeit und unsichere Jobs nicht dem System anlasten, sondern ihrem persönlichen Versagen. Das erschwert Solidarität. In allen westeuropäischen Gesellschaften. Die Sozioökonomin Nicole Mayer-Ahuja:

„Was zu hoffen wäre, wäre tatsächlich, dass wir in eine Situation kommen, wo diejenigen, die eben bei diesen jüngsten ökonomischen Entwicklungen auf der Strecke bleiben und die gibt's auch in Deutschland, nicht nur in Südeuropa, dass diejenigen auch ein gemeinsames Bewusstsein von ihrer Situation bekommen und tatsächlich Widerstandspotenziale entwickeln und dann auch umsetzen.“

https://www.deutschlandfunk.de/sozialer-abstieg-im-fahrstuhl-nach-unten.1148.de.html?dram:article_id=294585

Beantworten Sie bitte folgende Fragen:

- 1) Kommentieren Sie den Text und nehmen Sie Stellung dazu.
(8 Punkte)
- 2) Welche soziologischen Begriffe werden im Text angesprochen? Setzen Sie diese mit anderen soziologischen Konzepten/Theorien in Verbindung!
(7 Punkte)
- 3) Welche Inhalte würden Sie mit Schüler/innen vertiefen? Begründen Sie!
(5 Punkte)

Ministère de l'Éducation Nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

**Examen-Concours de recrutement du personnel enseignant
de l'enseignement secondaire**

2019/2020

Spécialité : sociologie

Deuxième épreuve – Sujet de synthèse

Une épreuve écrite portant sur un sujet de synthèse consistant en une analyse de documents sociologiques tels que des extraits d'ouvrages et des articles scientifiques, ceci dans une perspective d'enseignement propre à la fonction de professeur à laquelle se prépare le candidat.

L'épreuve est à rédiger en français.

Coefficient : 1

Durée: 3 heures

18.01.2019 |

D'où vient la frustration des Gilets jaunes ?¹

FNR

**Est-ce qu'un mouvement semblable aux gilets jaunes est probable aussi au Luxembourg ?
Comment la situation en France peut être améliorée ?**

science.lu a discuté avec le sociologue Louis Chauvel
Les questions ont été posées par Uwe Hentschel

Depuis 2012, Louis Chauvel, né à Paris en 1967, est professeur de sociologie à l'Université du Luxembourg. Ses sujets de recherche sont e.a. les inégalités sociales et les politiques publiques, le changement social, la stratification sociale et la mobilité. Il étudie le bien-être social, le revenu et la richesse et le changement social dans une perspective comparative.

science.lu a demandé au Prof. Chauvel son avis en tant que chercheur dans le domaine des inégalités sociales sur le phénomène des Gilets jaunes, les origines et causes de ce mouvement, la probabilité d'une propagation du mouvement au-delà des frontières françaises et une solution possible :

Les émeutes en France ont surpris la plupart des observateurs de la société française. D'où viennent-elles ?

Le mouvement des gilets jaunes (GJ) semble n'être sorti de rien, dans le courant du novembre 2018 : une hausse du prix du diesel, l'annonce d'une taxe énergie supplémentaire, dans le contexte de la limitation de vitesse à 80kmh. Au plus tout cela ne correspond qu'à de petites étincelles qui auraient été normalement sans conséquences. En réalité, le mouvement est rapidement monté aux extrêmes, sans support organisationnel ni soutien ferme des syndicats, des partis politiques, des corps intermédiaires -précisément parce que ces étincelles ont initié un processus social de plus grande ampleur, aux causes sous-jacentes latentes mais durables. La société française est marquée par une accumulation maintenant extrême de frustrations dans un grand nombre de secteurs de la société, frustrations dont l'expression s'est maintenant synchronisée.

¹ <https://www.science.lu/de/mouvement-social-en-france/dou-vient-frustration-des-gilets-jaunes>. Dernière consultation: 05/01/2020

D'où viennent les frustrations des manifestants français ?

Un des résultats les plus robustes des sciences sociales est l'effet de l'écart entre ce que les gens attendent en termes de récompense, les « aspirations », et les récompenses effectives permises par le système social, les « possibilités sociales de satisfaction ».

Imaginez que vous promettiez un sachet de bonbons à vos enfants s'ils rangent leur chambre, et qu'une fois cela fait, vous le leur refusiez. Lorsque l'écart entre aspirations et satisfactions devient un gouffre, alors la violence peut monter aux extrêmes. C'est ainsi que le sociologue Emile Durkheim expliquait la hausse du suicide au XIXe siècle, que Robert Merton rendait compte de la petite criminalité à Manhattan dans les années 1930, que Ted Gurr et James Davies, reprenant Alexis de Tocqueville, développaient leur théorie des révolutions.

En France, les « petites classes moyennes » ont le sentiment d'avoir produit de gros efforts de solidarité avec le reste de la société : hausse de différentes taxes, du coût des mutuelles, baisse des droits sociaux, réorientation de l'Etat-providence où le plafonnement des droits signifie une plus grande générosité pour les pauvres, et une suppression des droits pour les gens « trop riche pour être pauvres et trop pauvres pour être riches ». Cette frustration s'est exacerbée après un an et demi de présidence de Monsieur Macron, dont les classes moyennes attendaient beaucoup.

Vous comparez la cause du mouvement des Gilets jaunes à l'effet tunnel de Hirschman, économiste allemand. Pouvez-vous développer cette comparaison ? Et est-ce que l'"accident" dans le tunnel était prévisible ?

Au Luxembourg, les quatre dernières années ont été marquées par de vraies améliorations : forte baisse du chômage, excédents budgétaires, investissements nouveaux. En France, la situation est nettement plus contrastée. Depuis la double crise de 2008 et 2012, les parties les plus compétitives du système économique français sont reparties, mais d'autres secteurs (industrie de base, secteur public, etc.) restent engluées dans la stagnation : le chômage français n'a qu'à peine reculé.

Cette configuration sociale a été modélisée par l'« effet tunnel » de Albert Hirschman : imaginez-vous dans l'embouteillage d'un tunnel à deux voies, sur la voie lente, à droite. La file de gauche – la plus rapide – redémarre enfin. En premier lieu, vous éprouvez l'espoir de repartir et votre bien-être s'accroît. Mais dans un second temps, rien ne se passant de votre côté : l'extrême frustration se saisira de tous ceux englués dans la file bloquée. L'accident devient probable lorsqu'un conducteur frustré déboîte.

Depuis 2017, dans un premier temps, les classes moyennes figées dans la stagnation ont voulu croire en la « théorie du ruissellement » de la croissance mentionnée par le candidat Macron : les « premiers de cordée » avancent et tireront vers le haut les suivants. Mais cela n'a pas eu lieu. Les déceptions les plus profondes résultent d'espoirs excessifs, et promeuvent la révolte.

Les émeutes en France ne semblent pas trouver de fin. Comment a-t-on pu en arriver là ?

On assiste à un phénomène de spirale : crise économique, révolte, violence de certains manifestants, en particulier des « black blocs » qui parasitent le mouvement, attitude parfois insultante de l'Etat, réponse parfois trop molle, parfois trop violente des pouvoirs publics, désorganisation politique et économique. La boucle du cercle vicieux se referme.

Le plus grand danger est de voir se former une strate de la population, notamment parmi les jeunes en fin d'études, pour qui l'activité politique de rue devient le seul sens de la vie : participer aux émeutes, aux récompenses émotionnelles qu'elles offrent, trouver dans une vie de bohème de militant politique informel, cela nous rappelle des personnages dostoïevskiens ou les Justes d'Albert Camus. La radicalisation de la violence politique peut devenir le centre de l'existence pour des personnes sans activité économique. Autrement dit, dans le contexte de la venue probable en France d'une récession économique, la spirale de la violence comme style de vie pourrait être devant nous.

Dans les pays voisins (notamment en Allemagne), les gouvernements craignent que la vague de manifestations se propage au-delà des frontières ? Cette inquiétude, est-elle justifiée ?

La situation économique allemande ou néerlandaise n'est pas très bonne, mais elle est bien meilleure qu'en 2010 : le chômage a baissé, les jeunes peuvent être confrontés au précarité, aux faibles salaires, mais en même temps, les jeunes adultes ont leur place dans le monde du travail. En comparaison avec la France, ils ont une meilleure perception de leur niveau de vie.

Par ailleurs, comme en France les niveaux de diplômes se sont accrus très rapidement, dans un contexte où les salaires et les emplois qualifiés ont stagné, l'écart entre les aspirations liées au diplôme et les réalités de la vie de tous les jours est particulièrement forte en France. Cela ne veut pas dire que tout le monde est satisfait en Allemagne, mais les tensions les plus fortes se repèrent dans les « nouveaux » Länder, dans la génération d'une cinquantaine d'années, à qui on avait promis voilà trente ans un rattrapage économique avec le reste de l'Allemagne et qui ont vu les nouvelles opportunités bénéficier à plus jeunes qu'eux.

Est-ce qu'un mouvement de Gilets jaunes est envisageable au Luxembourg ?

Les probabilités d'un mouvement jaune luxembourgeois sont très faibles, du moins dans les prochaines années. Premièrement, la mobilisation ne fait pas partie de la culture luxembourgeoise, mais est intrinsèque à la politique française : la révolution française de 1789 et bien avant que les « jacqueries » locales des émeutes paysannes soient typiques et liées à l'idéologie française de l'égalité radicale. Deuxièmement, le degré et le type de frustrations ne sont pas les mêmes : dans les années 1970, la France était à son apogée économique, culturelle et influente avec une économie en croissance rapide, mais a ensuite été confrontée à une croissance lente et à une stagnation au cours des cinq dernières décennies : beaucoup de Français bien éduqués ne trouvent pas d'emploi ni de salaire décent, et c'est encore pire pour la classe moyenne inférieure. Pour le Luxembourg, la tendance s'est inversée avec le passage réussi d'une économie de services industrielle à une économie de services à forte valeur ajoutée. Le chômage n'est pas aussi répandu que dans la population active française, l'anxiété est moindre. Les frustrations viennent ici des coûts de logement, du stress au travail, du transport : ces problèmes sont toujours gérables.

Comment la situation en France peut-elle être à nouveau maîtrisée ?

D'un point de vue économique, l'économie française manque cruellement de nouveaux investissements. Dans le public, il suffit de comparer par exemple la Freie Universität de Berlin et l'université Paris-Nanterre pour mesurer le manque cruel d'argent dans le public. On est loin de la situation du Luxembourg où le gouvernement a réellement les moyens de préparer l'avenir par son investissement scientifique, universitaire, et en se donnant les moyens d'attirer de grandes entreprises. L'argent public en France est consacré massivement à colmater les brèches sociales plutôt qu'à investir dans l'avenir. D'un point de vue plus symbolique ou civilisationnel, et les gilets jaunes y sont encore plus sensibles, c'est le manque de vision d'un avenir meilleur pour la génération d'après : les gens ont besoin de voir le sens de la vie collective et d'y croire.

Questions :

1. Comment expliquer l'émergence du mouvement des gilets jaunes en France ?
8 points
2. Quels sont les concepts sociologiques, que vous pouvez dégager de ce texte ?
Comment les analyseriez-vous en classe ?
8 points
3. Expliquez les principales différences entre les situations respectives en France et au Luxembourg (d'un point de vue socio-économique) !
4 points